

S

Gerald Braunberger (Hg.)



Die Wahrheit der Tatsachen

Schlaglichter der F.A.Z. auf 75 Jahre Deutschland



INHALT

Vorwort	7
Einblick: Ein festes Fundament	8
Politik	12
Einblick: Eine kleine Mollenkunde	34
Einblick: Wie Gott in Frankreich?	56
Wirtschaft	60
Einblick: Leselust und Selbstbewusst	90
Einblick: Digitaler Wandel im Journalismus	104
Feuilleton	108
Einblick: Stilvolle Denkanstöße	134
Einblick: „Wer nicht Deutsch kann ...“	154
Rhein-Main	156
Einblick: Heimstatt freiheitlichen Geistes	170
Einblick: Von Schiff 19 auf die Eins	186
Sport	188
Einblick: Vertrauen in Fotografie	204
Deutschland und die Welt	206
Einblick: Irgendwie anders	220
Chronik	224
Die Autoren	230

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

S Frankfurt / Dienstag, 1. 11. 1949

Herausgegeben von Hans Baumgarten, Erich Dombrowski, Karl Korn, Paul Sethe, Erich Weltev

Zeitung für Deutschland

Unsere Leser haben heute die erste Nummer der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vor sich. Dieses Blatt setzt die journalistische Arbeit fort, die in Mainz mit der „Allgemeinen Zeitung“ begonnen worden ist. Aber es kommt zugleich den Anfang zu einem neuen Werk. Unsere Leser haben wohl das Recht zu erfahren, was damit beabsichtigt ist.

Aus der Tatsache daß einige unserer Mitarbeiter früherer Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ angehört haben, ist vielfach geschlossen worden, hier werde der Versuch gemacht, die Nachfolgeschafft dieses Etters anzutreten. Eine solche Annahme wäre eine Absicht. Wie jeder, o haben auch wir die hohen Qualitäten dieses Blattes bewundert; daß die Besatzungsmächte sein Wiedererscheinen sofort nach dem Waffenstillstand erlaubt haben, wird immer ein Kennzeichen für ihre Unkenntnis der deutschen Verhältnisse bleiben. Aber der Respekt vor einer hervorragenden Leistung bedeutet noch nicht den Wunsch, sie zu kopieren. Wir haben einen ziemlich leichten Ehrgeiz, und dieser ist vornehmlich auf eigene und selbständige Leistung gerichtet. Wir haben genaue Vorstellungen von einer neuen Art Zeitung, die wir schaffen möchten. Für sie muß die Wahrheit der Tatsachen heilig sein; sie muß sich der strengen Sachlichkeit in der Berichterstattung befleißigen; sie muß auch den Andersmeinten gegenüber immer Gerechtigkeit walten lassen; und sie muß sich bemühen, nicht an der Oberfläche der Dinge stehen zu bleiben, son-

dern ihre geistigen Hintergründe aufzusuchen. Dies alles also wollen wir redlich; aber wir glauben, zu diesem neuen Typ von Zeitung müßte auch eine beträchtliche Volkstümlichkeit, ein Ansprechen breiter Schichten — ohne ihre Umschmeichlung — gehören. Natürlich denken wir nur an diejenigen, die sich mit uns bemühen wollen, über die Dinge nachzudenken, statt Schlagwörter nachzu laufen. Für die Denkfaulen möchten wir nicht schreiben. Aber sonst meinen wir, daß die Vereinigung von breiter Wirkung und geistigen Ansprüchen sehr wohl möglich sei.

Es ist also eigentlich allerhand, was uns vorschwebt. Alle, die wir fragen, sagen uns, daß dieses Ziel sehr schwer zu erreichen sei; manche meinen: unmöglich. Daß unser Vorhaben nicht leicht ist, wissen wir, weil wir eben vom Fach sind. Daß es unmöglich sei, möchten wir nachdrücklich bestreiten. Wir haben bei unserer Vorbereitung in Mainz einige Erfahrungen gesammelt und sind schon von daher zuversichtlich. Natürlich werden wir eine Menge Fehler machen, vor allem am Anfang; später hoffentlich weniger. Aber wir denken doch, daß unser Ziel am Ende ganz leidlich gelingen werde. Die Leser aber, die uns auf unserem Wege folgen werden, können unser Bemühen von Anfang an verfolgen; vielleicht wird sich einiges von der inneren Spannung, die uns erfüllt, auch ihnen mitteilen.

Natürlich ist das alles, so sieht es uns beschäftigt, nicht Selbstzweck. Journalismus ist für uns die schwierigste, schreck-

lichste, aufregendste, herrlichste Sache von der Welt. Aber auch für uns wird er seelenlos, wenn er um seiner selbst willen betrieben wird. Wir möchten noch einiges mehr, als nur eine gute Zeitung machen. Wir möchten in einer Zeit, in der die Freiheit keineswegs allein durch die Diktatoren, sondern ebenso durch Vermaschung, durch Trägheit und Induldsamkeit bedroht ist, das lebendige Gefühl für dieses kostbarste aller irdischen Güter entfachen. Das gilt für die einzelnen Menschen wie für unser Land. Wir verabscheuen den Chauvinismus; wir stellen nicht die Nation über die Menschheit. Aber wir lieben ebensowenig die unwürdige Rolle der nationalen Unfreiheit. Gerade weil wir uns als Europäer empfinden, möchten wir nicht, daß ein einziges Land, nämlich das unsere, in die europäische Gemeinschaft als ein Mitglied minderen Rechtes trete. Von den großen Idealen der Freiheit und Gerechtigkeit, denen unsere Arbeit dienen soll, darf Deutschland nicht ausgeschlossen bleiben. Wir hoffen, einiges dazu tun zu können.

Deutschland hat keinen Außenminister. Seine Stimme dringt nur schwach nach draußen. Hier möchte dieses Blatt einsetzen; es will eine Stimme Deutschlands in der Welt sein. Hierzu haben wir ebenfalls in Mainz einige Vorbereitung geleistet, die uns zum Vertrauen berechtigt. Auch bei diesem Vorhaben uns zu folgen, möchten wir unsere Leser einladen. Wenn wir dann einige Jahre gemeinsam gewandert sind, werden wir uns hoffentlich sagen können, daß unsere gemeinsame Arbeit nicht vergeblich gewesen ist.

In Berlin

he. Ganz Deutschland schaut in diesen Tagen nach seiner früheren Hauptstadt. Seitens ist ein Staatsoberhaupt so sehr der Dolmetsch von Gefühlen einer ganzen Nation gewesen als gestern, da Theodor Heuß zu den Hunderttausenden auf dem Platz vor dem Rathaus sprach. Seine Zuhörer waren unsichtbar nicht nur die Millionen Menschen aus den Westzonen, sondern auch alle die siebzehn Millionen, die auch nach der Errichtung des mitteldeutschen Staates weiter unter russischer Herrschaft leben. Wie sehr auch immer ihre wirklichen Empfindungen niedergehalten werden, in Wirklichkeit weiß

Der Raum des P

PS Selten hat man in Deutschland, hat man auch in der Welt einer neuen französischen Regierung mit soviel Spannung entgegengesehen wie der gegenwärtigen, die eben ihr Amt angetreten hat. Die letzten Wochen nämlich waren erfüllt von zukunftszeugenden Taten; aber die Aussichten auf Heil oder Unheil für Deutschland und die Welt waren dabei wirr ineinandergeflochten, und wirkliche Klarheit war niemals zu erzielen, weil die Gespräche immer bei der Frage endeten: Wie wird man sich in Paris entscheiden?

Außenminister der neuen Regierung ist wiederum Herr Schuman, einer der wenigen Politiker unserer Zeit nicht nur von europäischer Gesinnung, sondern auch von europäischem Format. Er hat vieles dazu getan, den Weg unseres zerissen Eritteils in eine neue Gemeinsamkeit zu bahnen. Er ist wahrscheinlich nicht das, was man in einem flachen Sinne einen Deutschenfreund zu nennen pflegt. Aber seine Vorstellungen von dem neuen Europa schlossen Deutschland nicht aus. Um so herber war in diesem Herbst die Entmutigung der entschlossenen Anhänger einer deutsch-französischen Verständigung. Die Festsetzung des neuen Marktkurses und das Verbot der Erhöhung der deutschen Kohlenpreise haben die Deutschen schwer getroffen. Es geht nicht darum die Schäden für die schwierigeren deutsche Wirtschaft dabei, die auf Dauer nicht leben kann, wenn sich die Ausfuhr nicht steigert. Wichtiger ist, daß noch ist die Tatsache, daß ferner die Geburtstunde der Bundesrepublik auf die nachdrücklichste Weise bar gemacht worden ist, wie schätzungsweise noch immer unsere staatliche Souveränität geblieben ist und wie tief die Einflüsse des Auslandes in unser innerstaatliches Leben sein können. Aussonst den Fortschritt in der Sicht Deutschlands zur Welt dankbar kann hat, hatte plötzlich das Gelände viele Meilen zurückgeworfen.

Jeder in Deutschland hätte einer verstanden, der eine neue Wiederaufbau unmöglich hätte machen. Aber daß hinter der Entscheidung der Westmächte die Überlegung stand, müssen ausländischen Industriewirtschaftlichen Nutzen geworden, dies im selben Augenblick, in dem der Ruf gerade nach diesem

Der Bundespräsident in Berlin

Professor Heuß von den Berlinern stürmisch umjubelt
Drahtbericht unseres Korrespondenten

er. Berlin, 31. Oktober. Strahlend blauer Himmel und Sonnenstrahlen lagen am letzten Oktobertag über Berlin, als um 11.40 Uhr die planmäßige amerikanische Verkehrs-Maschine auf dem Flugplatz Tempelhof zur Landung ansetzte. Die Berliner städtischen Verkehrsmittel und die öffentlichen Gebäude hatten Augenschmuck angelegt, und die Straßen zwischen Tempelhof und dem Berliner Vorort Wannsee, wo Bundespräsident Heuß während seines zweitägigen Berlin-Aufenthalts wohnen wird, waren von Menschenmengen dicht umsäumt. Sie kamen freiwillig, um dem Präsidenten bei seiner Fahrt durch die Straßen zu winken zu können.

Auf dem Flugplatz hielten sich Oberbürgermeister Reuter, Bürgermeister Dr. Friedensburg, die Vorsitzenden der Berliner sowie Vertreter des Magistrats

waren sie gekommen, Tausende kamen auch aus Ostberlin. Stürmisch begrüßt ergriff der Bundespräsident das Wort. Er wandte sich nicht nur an die Berliner, sondern er sprach auch zu den Menschen der Ostzone, indem er ausrief: „Die Ostzone spricht aus mir, meine Stimme und meine Worte hören Millionen deutscher Menschen, die gegenwärtig zur Stummheit und zum Schweigen verurteilt sind.“ Auch in Bonn sei nicht alles so, wie man es sich wünsche. „Wir haben ein Besatzungsstatut, ein Ruhrstatut, aber wir haben keine Konzentrationslager. Wir haben ein freies Leben, Freiheit der Presse, und alle politischen Parteien können frei arbeiten. Wir sind die Stellvertreter für alle Deutschen, die an der Entscheidung nicht teilhaben können.“ Abschließend sagte der Bundespräsident, es werde der Tag kommen, wo Berlin die Hauptstadt des einheitlichen Deutschlands sein werde.

die dritte Strophe des Niederländischen Dankgebetes singen.“ Mit entblößtem Haupt sangen die etwa zweihunderttausend Anwesenden das Dankgebet.

Empfang bei den Kommandanten

Für den Abend war in der Städtischen Oper zu Ehren des Bundespräsidenten eine Festaufführung des „Fidelio“ vorgesehen, der ein Empfang im Foyer der Oper folgt. Wie die Deutsche Presse-Agentur organisiert meldet, hat Bundespräsident Heuß in den frühen Nachmittagsstunden des Montags in den Amtsräumen des Oberbürgermeisters im Schöneberger Rathaus empfangen. Professor Heuß, in dessen Begleitung sich sein Sohn, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Kaiser, der Ministerialdirektor von Boit und mehrere Ministerialräte befanden, begab sich nach der Begegnung auf dem Flugplatz in das Gästehaus der Stadt Berlin am kleinen Wannsee.

VORWORT



Die Bundesrepublik Deutschland und die Frankfurter Allgemeine Zeitung feiern im Jahr 2024 ihren 75. Geburtstag. Diese Doppelzügel hat uns ermuntert, an Wegmarken der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland aus der Perspektive der F.A.Z. zu erinnern. Unser Rückblick spiegelt die Vielfalt der Interessen, Formate und Betrachtungsweisen einer großen, in ihren Ressorts dezentral verfassten Redaktion. Daher erinnert seine Gliederung an die Buchstruktur in der Zeitung. Der Titel „Die Wahrheit der Tatsachen“ entstammt dem Aufmacher der Erstausgabe vom 1. November 1949.

Wir lassen die Leser an bedeutenden historischen Ereignissen wie der Gründung der Bundesrepublik, der Wiedervereinigung und der Europäischen Währungsunion teilhaben. Wir erinnern auch an die großen intellektuellen Debatten, an prägenden gesell-

schaftlichen Wandel, an Sternstunden des Sports und an die beeindruckende Nachkriegsentwicklung Frankfurts am Main.

Auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung gehört zur Geschichte dieses Landes. Daher eröffnen wir den Lesern in kurzen Texten Einblicke in die F.A.Z., ohne damit eine Geschichte der Zeitung liefern zu wollen. Diese Einblicke verdeutlichen, dass es ihre Mitarbeiter sind, die in der Vielfalt ihrer Talente und Tätigkeiten die F.A.Z. zu dem machen, was sie seit nunmehr einem Dreivierteljahrhundert ist: eine wichtige publizistische Stimme in der Bundesrepublik Deutschland.

Gerald Braunberger
Herausgeber der F.A.Z.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "G. Braunberger".

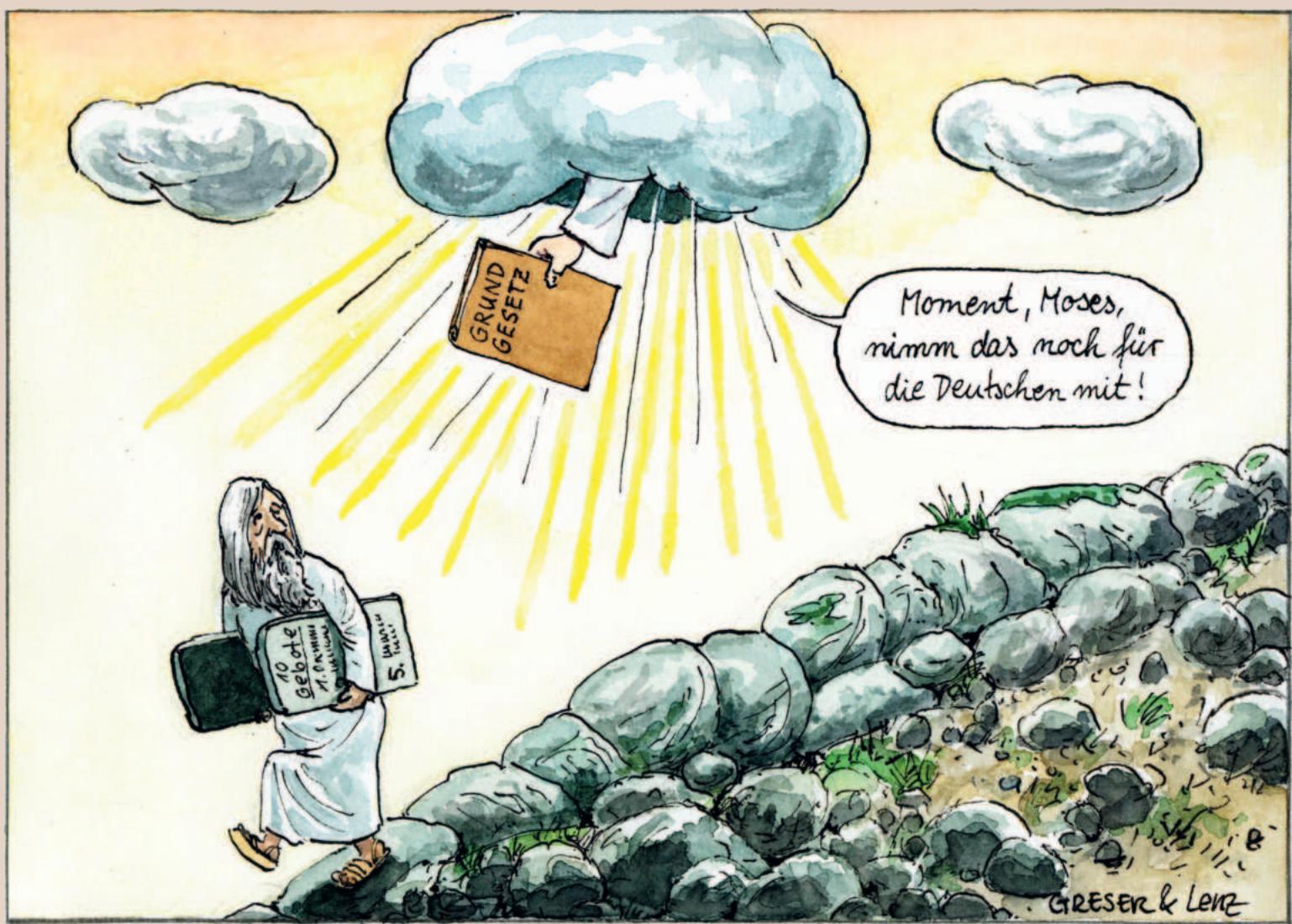
EIN FESTES FUNDAMENT

Seit 75 Jahren fühlt sich die Frankfurter Allgemeine Zeitung einem Qualitäts-journalismus im Geiste der Freiheit und der Unabhängigkeit verpflichtet. Diese Prinzipien behalten ihre Gültigkeit auch in der digitalen Medienwelt.

Der Aufmacher der am 1. November 1949 erschienenen Erstausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung trug den programmatischen Titel „Zeitung für Deutschland“. Die Schöpfer der F.A.Z. verstanden sich als Boten der Freiheit, „dieses kostbarsten aller irdischen Güter“. Sie wollten in Unabhängigkeit eintreten für die junge parlamentarische Demokratie und für eine freiheitliche und soziale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Unter den nach dem Zweiten Weltkrieg neu gegründeten Blättern war die F.A.Z. ein Spätankömmling, und in ihren ersten Jahren erschien ihr Überleben angesichts erheblicher wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht gesichert. Die finanzielle Erstausstattung stellten Unternehmen vor allem aus Süddeutschland bereit. Von den marktwirtschaftlichen Überzeugungen Ludwig Erhards geprägt, wollten sie die Gründung eines der Sozialen Marktwirtschaft verpflichteten Blattes unterstützen. Eine führende Rolle unter den Vertretern der Unternehmen nahm in der Gründungsphase Alex Haffner, der Generaldirektor des Schuhherstellers Salamander, wahr. Er leitete später viele Jahre den Verwaltungsrat der F.A.Z.

Eine publizistische Basis für das Unterfangen bot die überregionale Ausgabe der „Mainzer Allgemeine“, zu deren Redaktion mehrere frühere Chefredakteure ehemals angesehener, nach 1933 untergegangener Zeitungen gehörten. Aus der überregionalen Ausgabe der „Mainzer Allgemeinen“ entstand die in Frankfurt ansässige Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ihr Kapital befand sich anfangs zu 51 Prozent



Einblick

in den Händen der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947, die als Treuhänder für die kapitalgebenden Unternehmen fungierte. Der Verlag der „Mainzer Allgemeinen“ hielt die verbleibenden Anteile.

Die F.A.Z. wurde bis Herbst 1950 im etwas kleineren Rheinischen Format gedruckt, später dann im größeren Norddeutschen Format. Mit dem Titel „Frankfurter Allgemeine“ in der auffälligen Fraktur im Seitenkopf nahm das neue Blatt eine Anleihe bei der von 1856 bis 1943 erschienenen, seinerzeit hoch angesehenen „Frankfurter Zeitung“. Die in Antiqua gedruckte Unterzeile „Zeitung für Deutschland“ hatte Erich Welter erdacht. Welter spielte im Kreis der formal gleichberechtigten Herausgeber eine dominierende Rolle. Daher wird er im Impressum als Gründungsherausgeber bezeichnet.

Die neue Zeitung erhielt eine Verfassung, die bis heute den Gedanken der Freiheit und der Unabhängigkeit atmet. Ihre Eigentümer traten mit dem Recht zur Gestaltung der geistigen, politischen und wirtschaftspolitischen Haltung der Zeitung ein wichtiges Verlegerrecht an ein Gremium unabhängiger Herausgeber ab, um die Zeitung vor jedem fremden Einfluss zu schützen. Der Herausgebervertrag schreibt diese für das deutsche Medienwesen ungewöhnliche publizistische Unabhängigkeit fest. Wenige Jahre später erhielten die Herausgeber Minderheitsanteile am Verlag, die sie als Verantwortungseigentum nach ihrem Ausscheiden an ihre Nachfolger weitergeben.

Die an der F.A.Z. beteiligten Unternehmen hatten ihr Engagement immer nur als eine Starthilfe betrachtet. Nachdem die Zeitung nachhaltig rentabel geworden war und die Unternehmen ihr eingeschossenes Geld zurückgerhalten hatten, brachten sie ihre Anteile am 22. April 1959 in eine „FAZIT-Stiftung“ genannte gemeinnützige GmbH ein. Mit der FAZIT-Stiftung als Mehrheitseigentümerin der Zeitung war die F.A.Z. nunmehr auch gegen eine eventuelle Einflussnahme externer Kapitalgeber geschützt. Da die FAZIT-Stiftung ihre Mittel für gemeinnützige Zwecke verwenden muss und daher die F.A.Z. finanziell nicht unterstützen kann, heißt dies aber auch: Die F.A.Z. muss ihr Geld selbst verdienen.

Heute halten die FAZIT-Stiftung rund 94 Prozent und die Herausgeber rund 6 Prozent der Anteile an der F.A.Z. Gemeinsam garantieren sie den in der ersten Satzung der F.A.Z. festgeschriebenen Auftrag, „die Frankfurter Allgemeine Zeitung in voller Unabhängigkeit von Regierungen, Parteien und Interessengruppen auf freiheitlich-staatsbürgerlicher Grundlage zu führen“.

Der im Laufe der Jahre wachsende Erfolg beruhte auf dem in der Erstausgabe vom 1. November 1949 angekündigten Konzept, für die F.A.Z. „müsste die Wahrheit der Tatsachen heilig sein; sie müsste sich der strengen Sachlichkeit in der Berichterstattung befleißigen; sie müsste auch den Andersmeinenden gegenüber immer Gerechtigkeit walten lassen; und sie müsste sich bemühen, nicht an der Oberfläche der Dinge stehen zu bleiben, sondern ihre geistigen Hintergründe aufzusuchen“. Gleichzeitig gehöre zu diesem Typ von Zeitung „auch eine beträchtliche Volkstümlichkeit, ein Ansprechen breiter Schichten – ohne ihre Umschmeichlung“.

Den Anspruch, Qualitätsjournalismus nicht nur für ein Nischenpublikum zu betreiben, setzte die Zeitung mit einer inhaltlichen Offensive um. Einer möglichst umfassenden Berichterstattung diente nicht nur der Aufbau eines großen Korrespondentennetzes im In- und Ausland, sondern auch die Schaffung spezieller Themenseiten und Beilagen, die an dieser Stelle nicht vollständig angeführt werden können. So entwickelte sich aus dem „Stadtblatt“ die „Rhein-Main-Zeitung“ und aus der Seite „Der Motor“ die Beilage „Technik und Motor“. Hinzu traten Beilagen wie „Natur und Wissenschaft“, „Reiseblatt“, „Bilder und Zeiten“ oder das „F.A.Z.-Magazin“. Im Jahr 2001 erschien die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ erstmals als überregionales Blatt; ihr war eine regionale Ausgabe vorangegangen.

Wie die Bundesrepublik Deutschland wusste die F.A.Z. ihr Fundament zu bewahren, aber auch mit der Zeit zu gehen. Früher als viele Wettbewerber ergänzte sie ihr Zeitungsangebot mit digitalen Ausgaben der F.A.Z. und der F.A.S. Das im Herbst 2018 lancierte, heute unter dem Namen FAZ+ verbreitete Abonnement auf die Homepage www.faz.net erweist sich als ein beliebtes, dynamisch wachsendes Produkt. Im Jahr 2023 hat der Bestand an digitalen Abonnements und Einzelverkäufen erstmals die Abonnements und Einzelverkäufe im traditionellen Print-Geschäft übertroffen. Die Zeitung in Papier bleibt jedoch weiterhin ein wichtiges Geschäftsfeld. Gleichzeitig erschließt sich die F.A.Z. mit Newslettern, Podcasts, Videos und einer starken Präsenz in den sozialen Netzwerken einen Platz in der digitalen Medienwelt. Dem Auftrag der Gründer, Qualitätsjournalismus im Geiste der Freiheit und der Unabhängigkeit zu betreiben, fühlt sich die F.A.Z. auch heute verpflichtet.

Gerald Braunberger





Der Tag, an dem zusammenwuchs, was nach einem
Ausspruch Willy Brandts zusammengehörte. 3. Oktober 1990
in Berlin: Deutschland ist wiedervereinigt.

Foto Barbara Klemm

„SCHEIDUNG“ ÜBER DIE ZEITUNG: ANGELA MERKEL, HELMUT KOHL UND DIE CDU

Eine Zeitungsredaktion beobachtet, analysiert und bewertet das Weltgeschehen. Dass sie und ihr Produkt selbst zur Nachricht werden, ist eigentlich nicht vorgesehen. Und doch passierte dies der F.A.Z. kurz vor Weihnachten 1999. Anlass war kein Jubiläum oder etwas Ähnliches, sondern eine handfeste Krise in der CDU, die sich zum Machtkampf auswachsen sollte.

Angela Merkel, zu diesem Zeitpunkt Generalsekretärin der Partei, ließ der F.A.Z. einen Gastbeitrag aus ihrer Feder zukommen, in dem sie das Verhalten des ehemaligen Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Helmut Kohl heftig kritisierte. Dieser habe der Partei „Schaden zugefügt“. Merkel benutzte auch den Begriff vom „Ende der Ära Kohl“, was innerhalb der Partei durchaus nicht alle so sahen. Sie legte eine Trennung von Kohl nahe, indem sie schrieb: „Wir kommen nicht umhin, unsere Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.“ Die Partei müsse lernen, „in

Zukunft auch ohne ihr altes Schlachtross, wie Helmut Kohl sich oft selbst gerne genannt hat, den Kampf mit dem politischen Gegner aufzunehmen. Sie muss sich wie jemand in der Pubertät von zu Hause lösen.“

Hintergrund dieses aufsehenerregenden Zeitungsartikels war ein Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep. Dabei war gut einen Monat vor Merkels F.A.Z.-Artikel herausgekommen, dass die Partei ein System verdeckter Konten unterhalten hatte, von denen nur

der Parteivorsitzende Helmut Kohl und der Schatzmeister gewusst hatten. CDU-Finanzberater Horst Weyrauch äußerte, auf diesen Konten seien Parteidienstleistungen „geparkt“ worden, zum Teil über Jahre. Kohl gab zu, dass er damit möglicherweise gegen das Parteidienstleistungsgesetz verstößen habe.

VERGEBLICHE APPELLE AN KOHL

Am 16. Dezember 1999 gab Kohl im ZDF zu, dass er zwischen 1993 und 1998 insgesamt 1,5 bis zwei Millionen D-Mark illegal als Spenden für die Partei angenommen habe. Dieses Geld tauchte in den Rechenschaftsberichten der Partei nicht auf. Das sei ein Fehler gewesen. Kohl verweigerte allerdings jede Auskunft über die Herkunft des Geldes. Er habe den Spendern per Ehrenwort Vertraulichkeit zugesichert. Und an dieses Versprechen werde er sich halten.

Dieses Verhalten Kohls stürzte die Führung der Partei um den Vorsitzenden Wolfgang Schäuble und Generalsekretärin Angela Merkel in große Verlegenheit. Beide hatten wiederholt bekundet, die Affäre um die illegalen Spenden aufzuklären zu wollen. Sie sahen sich aber durch Kohl behindert. Wiederholte Appelle an den ehemaligen Bundeskanzler, doch die Namen der Spender zu offenbaren, führten zu nichts.

Die „Ära Kohl“, deren Ende Merkel in dem Zeitungsartikel beschworen hatte, hatte in den Monaten vor den Spenden-Enthüllungen noch als Glanzstück für die Partei, ihren ehemaligen Vorsitzenden und letztlich auch für das erst wenige Jahre zuvor wieder vereinigte Deutschland gegolten.

Kohl, Ehrenvorsitzender der Partei und „Ehrenbürger Europas“, stand in hohen Ehren. Seine Verdienste um die Einheit Deutschlands und Europas waren – und sind – unbestritten. Positiv vermerkten sowohl politische Freunde als auch Gegner, dass er die Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 1998 ohne Murren akzeptiert und einen Abgang mit großer Würde hinbekommen hatte. Allenfalls wurde gefragt, ob sich die Niederlage durch einen rechtzeitigen Rückzug vor der Wahl womöglich hätte abwenden lassen, weil die Sehnsucht der Wähler nach einem neuen Gesicht offenbar übermächtig gewesen war.

Kohl war 25 Jahre Parteivorsitzender gewesen. Man sagte ihm nach, er kenne bis hinunter auf Kreisebene die führenden Funktionäre seiner Partei alle persönlich. Da viele von diesen Kohl ihre Karrieren verdankten, konnte der Ehrenvorsitzende auf große Loyalität innerhalb der Partei bauen. Die stellte er nun allerdings durch sein Verhalten auf eine harte Probe.

„EHRENVORSITZ RUHEN LASSEN“

Kohls Schweigen in der Spendenaffäre hießen auch viele seiner Getreuen nicht gut. Aber Merkels Absetzbewegungen vom Übervater Kohl wollten sie deshalb noch lange nicht mitmachen. Während die einen Kohls Weigerung, die Namen zu nennen, einen „permanenten Verfassungsbruch“ nannten, plädierten die anderen für mehr Gelassenheit. Die historischen Verdienste Kohls seien weit wichtiger als sein jetziges Fehlverhalten in der Spendenaffäre. Bezogen auf die Person

„Scheidung“ über die Zeitung: Angela Merkel, Helmut Kohl und die CDU

Angela Merkel kamen schon zu dieser Zeit Argumente hoch, die auch in der Endphase ihrer Kanzlerschaft wieder geäußert wurden. Sie sei als Ostdeutsche nun einmal nicht so tief in der Partei verwurzelt wie andere. Bei diesen Charakterisierungen könnte auch Neid darüber mitgespielt haben, dass Merkels Aufstieg ohne die parteiinterne „Ochsentour“ vergleichsweise schnell und glatt vonstatten gegangen war.

In der deutschen Politik führte das ambivalente Verhalten Kohls, einerseits Verstöße gegen geltendes Recht zu gestehen, sich andererseits auf sein Ehrenwort zu berufen, zu wilden Spekulationen. Politische Gegner fragten öffentlichkeitswirksam, ob die Regierung Kohl „käuflich“ gewesen sei. Die neue Parteiführung, die sich im Laufe des Jahres 1999 über viele große Erfolge bei Landtagswahlen hatte freuen



Als sie noch „Kohls Mädchen“ war: Angela Merkel auf dem CDU-Parteitag 1991.

Foto Barbara Klemm

können, ahnte Schlimmes für bevorstehende Urnen-gänge, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen. Bei ei-ner Vorstandssitzung am 18. Januar 2000 stellte sich die Parteiführung hinter Schäuble und legte Kohl nahe, den Ehrenvorsitz „ruhen“ zu lassen, bis alles aufgeklärt sei. Der legte daraufhin verärgert den Ehrenvorsitz der Partei nieder und vollzog seinerseits den Schnitt, den Merkel gefordert hatte.

SCHÄUBLE STÜRZT ÜBER GROSS-SPENDE

Einen der Wahlerfolge auf Länderebene hatte die CDU im ehemals „roten“ Hessen errungen. Aber auch dort gab es eine Spendenaffäre, wie sich Anfang 2000 herausstellte. Besonders peinlich wurde die Sa-ché in Hessen, weil dort die illegalen Spenden als „jü-di-sche Vermächtnisse“ deklariert worden waren. Die-se Affäre veranlasste den ehemaligen hessischen Landesvorsitzenden und früheren Bundesinnenmi-nister Manfred Kanther dazu, sein Bundestagsman-dat niederzulegen.

Die Krise der CDU gipfelte am 16. Februar im Rücktritt Wolfgang Schäubles als Partei- und Frak-tionsvorsitzender im Bundestag. Schäuble musste zu-geben, dass er von einem Waffenhändler 1994 einen Betrag von 100.000 D-Mark entgegengenommen und nicht als Spende deklariert hatte. Dies hatte er zuvor noch bestritten. Somit wurde das Ende der Ära Kohl zum Beginn der Ära Merkel.

Die ganze Affäre und vor allem der Umgang mit ihr zeigen, wie schwer sich historische Figuren und die sie tragenden Institutionen miteinander tun können. So

wie Leben und Wirken der handelnden Personen end-llich sind, so vom Prinzip her unendlich ist das Dasein von Institutionen, hier einer Partei, angelegt. Wenn die Person nach ihrem Ausscheiden aus der aktiven Politik in der öffentlichen Wahrnehmung „unbefleckt“ bleibt, ist das Nebeneinander beider erst einmal leicht.

Aber selbst dann kann ein Punkt kommen, an dem die Institution zu dem Schluss kommt, der oder die „Ehemalige“ bekomme jetzt auf ihre (der Institu-tion) Kosten zu viel Aufmerksamkeit. Wenn, wie im vorliegenden Fall, der Person Fehler oder gar Geset-zesverstöße vorgeworfen werden, ist es für die Insti-tution einerseits leichter, sich von der Person zu lö-sen. Andererseits läuft sie aber Gefahr, Teile ihrer Ge-schichte zu leugnen, auf der ihre Existenz zumindest zum Teil beruht.

Dieses Dilemma hatte die CDU zu erdulden. Es hat die Partei Reputation gekostet, es hat ihren Vor-sitzenden zum Rücktritt gezwungen. Aber die Affäre bedeutete nicht den dauerhaften Niedergang der Partei, den gerade Kohl-Unterstützer drohend am Horizont zu erkennen glaubten, wenn sich die Partei von ihrem „Kanzler der Einheit“ abwende.

Viele in der CDU hätten sich in den Jahren 1999 und 2000 eine Situation wie die gewünscht, in der sich die Partei seit 2021 befindet. Wieder ist sie auf Bun-desebene in der Opposition, wieder muss sie die Tren-nung von einer prägenden Figur vollziehen. Angela Merkel, die Autorin des F.A.Z.-Artikels vom Dezem-ber 1999, ist von Skandalen wie ihr Vorvorgänger Kohl verschont geblieben. Deshalb mussten ihre Nachfolger auch keine „Scheidung über die Zeitung“ vollziehen. *Peter Sturm*

JUGOSLAWIEN – EIN KONFLIKT VOR DER HAUSTÜR ERREICHT DEUTSCHLAND

Der „Vielvölkerstaat“ in Südosteuropa entwickelte sich nach Ansicht vieler im Laufe der Zeit zu einem Land, in dem nur eine Volksgruppe, die Serben, Politik und Wirtschaft beherrschten. Loslösungstendenzen gab es schon lange, nach 1990 brachen sie sich auch mit Gewalt Bahn.

Die Verträge zur Beendigung des Ersten Weltkrieges hätten in einen Frieden des guten Willens münden können. Stattdessen ließen die Abkommen diejenigen zurück, die „saturiert“, also gut weggekommen, waren. Auf der anderen Seite waren die Revisionisten, die sich übervorteilt sahen.

Zu den „Saturierten“ gehörten auf den ersten Blick auch die Völker des neu entstandenen Staates Jugoslawien. Ihre nationalen Ambitionen hatten sie im vermeintlichen „Völkergefängnis“ Österreich-Ungarn nicht verwirklichen können. Nun lebten sie in einem Staat. Wie wenig dieser die Erfüllung nationaler Träume

bedeutete, merkten die Menschen schon bald. Das zeigte sich auch im Zweiten Weltkrieg, als sich zum Beispiel Kroatien für unabhängig erklärte und an der Seite Hitlers Krieg führte.

Nach 1945 sollte ein – freilich stark regional verankelter – Kommunismus alles zum Guten wenden. Dieses System nahm für sich in Anspruch, den Nationalismus überwunden zu haben. Somit hießen die weiter bestehenden Schwierigkeiten nun nicht mehr Nationalitätenkonflikte, sondern „Sprachenstreit“. Konkret ging es in den späten 1960er-Jahren um das Ansinnen der kroatischen Teilrepublik, das Kroatische

als eigene Sprache und nicht als Teil einer „serbokroatischen“ Sprache anerkannt zu sehen.

Johann Georg Reißmüller, zu dieser Zeit Korrespondent der F.A.Z. in Belgrad, hatte damit so etwas wie sein Lebensthema gefunden. Es war dies noch dazu ein Thema, mit dem die F.A.Z. berühmt werden sollte. Es führte in den Jahren 1990/91 zu dem Ur-

teil, hier habe letztlich ein Journalist der deutschen Außenpolitik die Feder geführt. Das frisch wieder vereinigte Deutschland gehörte bekanntlich zu den ersten Staaten, die Kroatien und Slowenien als unabhängige Staaten anerkannten. Mit dieser Haltung machte sich die Bundesregierung unter Helmut Kohl international nicht nur Freunde. Reißmüller war in



Plötzlich bekommt der Krieg ein Gesicht: Flüchtlinge aus Bosnien-Hercegovina.

Foto Mirko Krizanovic